

Ein unabhängiger Beobachter des britischen Institute for War & Peace Reporting / IWPR berichtet über die fatale aktuelle Situation in der afghanischen Provinz Kunduz.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 229/09 – 20.10.09**

**Bericht über Entwicklungen in Afghanistan
Aufständische übernehmen die Macht in Kunduz**

**Kunduz, das einmal eine der stabilsten Provinzen war,
wird zunehmend von den Taliban kontrolliert**

Von Gul Rahim Niazmand

IWPR, 12.10.09

(<http://www.iwpr.net/EN-arr-f-356469>)

Das Fahrzeug ist als Eigentum des Polizeihauptquartiers der Provinz Kunduz gekennzeichnet, aber die Insassen sind nicht notwendigerweise Staatsdiener.

Die Taliban haben kürzlich im Bezirk Chahr Dara in der Provinz Kunduz acht Polizeifahrzeuge des Typs Ford Ranger Pickup erbeutet, und sie fahren auch damit herum.

Es ist nicht schwer, zu erkennen, wer die Autos fährt. Wenn Taliban hinter dem Steuer sitzen, erschallen islamische und nationale Gesänge aus den Lautsprechern auf dem Dach der Autos, und die Insassen haben den Arm um die Schultern ihrer Nachbarn gelegt und freuen sich.

Manchmal fahren die Taliban auch auf Motorrädern, wenn die Wege zu schmal oder zu schwierig für die Pickups sind. Dann haben sie ihre Köpfe und Gesichter mit karierten Halstüchern umwickelt.

Gerade ist eine Gruppe Taliban auf Motorrädern auf dem Weg nach Chahr Dara vorbei gebräust und in einer Staubwolke verschwunden.

Die Taliban haben den Bezirk vollkommen unter Kontrolle. Sie haben ihre eigene islamische Herrschaft errichtet und können sich ohne Angst offen in den Dörfern und Basaren bewegen. Die Regierung hat hier keine Autorität mehr.

"Wir kontrollieren nur noch das Büro des Gouverneurs," sagte Abdul Wahid, der Gouverneur des Bezirks Chahr Dara. "Außerhalb seiner Mauern haben wir überhaupt nichts mehr zu sagen. Wenn die Leute ein Problem haben, kommen sie nicht mehr ins Büro des Gouverneurs – sie gehen zu den Taliban."

In vier weiteren Bezirken herrscht etwa die gleiche Situation. Die Stadt Kunduz, die Hauptstadt der Provinz, ist von Gebieten umgeben, die der Kontrolle der Regierung fast entzogen sind.

Der Bezirk Archi, 50 Kilometer nördlich von Kunduz, steht wie Chahr Dara völlig unter Talibanherrschaft. Der Bezirk Ali Abad, 25 Kilometer südlich von Kunduz, wird größtenteils von den Fundamentalisten beherrscht. Der Bezirk Imam Saheb, 70 Kilometer nördlich von Kunduz, ist der Kontrolle der Regierung fast völlig entglitten, und im Bezirk Khan Abad, 25 km östlich von Kunduz, kontrolliert die Regierung gerade noch das Bezirkszentrum und einige nahe gelegene Dörfer.

Noch vor einem Jahr galt die Provinz Kunduz als stabil, die Geschäfte boomten, und die Bewohner waren voller Hoffnung.

Afghanische und ausländische Offizielle bieten viele Erklärungen für die Veränderung an. Die angebotenen Gründe und Erklärungen sind so unterschiedlich wie fantasievoll. Jeder hat eine Theorie, aber keiner scheint im Stande zu sein, Beweise für seine Theorie zu liefern.

Der Gouverneur von Kunduz, Ingenieur Mohammad Omar, macht Pakistan für das Erstarren der Aufständischen verantwortlich.

Bis vor kurzem kam der größte Teil des Nachschubs für die internationalen Streitkräfte in Afghanistan über Pakistan, den südlichen Nachbarn Afghanistans, und Islamabad kassierte riesige Geldbeträge an Steuern und Zöllen.

Aber wegen der zunehmenden Unsicherheit auf den Nachschubstraßen durch Pakistan begannen einige NATO-Staaten ihren Kraftstoff und anderen Bedarf von Tadschikistan über den Hafen Sher Khan am Grenzfluss zwischen Tadschikistan und Afghanistan nach Kunduz zu bringen.

"Wenn die logistische Versorgung der NATO über den Hafen Sher Khan nach Afghanistan erfolgt, wird das wirtschaftliche Vorteile für die Region und Afghanistan bringen," sagte der Gouverneur (von Kunduz). "Das will Pakistan nicht hinnehmen, weil es dann die Einkünfte verliert, die es durch die NATO-Transporte erhält. Deshalb versucht es, die Situation in diesem Gebiet zu destabilisieren, damit die NATO gezwungen ist, ihre Versorgung wieder über Pakistan laufen zu lassen.

Pakistanische Offizielle in Kabul wollten sich zu dieser Anschuldigung nicht äußern.

Oberstleutnant Carsten Spiering, der Sprecher des deutschen Rekonstruktionsteams für die Provinz Kunduz, hat nicht bestritten, dass die Änderung der Nachschubrouten zum Teil für die wachsende Unruhe in der Provinz verantwortlich sein könnte.

"Es gibt mehrere Gründe für die sich verschlechternde Sicherheitssituation in Kunduz, und einer davon besteht darin, dass die Streitkräfte der NATO- und der US-geführten Koalition ihre Versorgungskonvois jetzt über den Hafen Sher Khan umleiten," sagte er ohne weitere Erklärungen.

Gouverneur Omar ergänzte, die Taliban seien auch durch die geringe Polizeipräsenz in Kunduz ermutigt worden.

"Wenn die Polizei ein Gebiet überprüft, laufen die Aufständischen weg und verbergen sich," sagte er. "Sie sind nicht stark genug, um sich einem offenen Kampf zu stellen. Weil die Aufständischen keine festen Positionen haben, kann die Polizei auch keine Front gegen sie bilden. Die Aufständischen führen nur Guerilla-Aktionen durch."

Mohammad Razaq Yaqubi, der Polizeichef von Kunduz, lastet die Sicherheitsprobleme den Rauschgiftschmugglern in Kunduz an.

"Die Taliban versuchen, den Anbau (von Mohn) und die Produktion von Opium in dieser Region auszuweiten," sagte er. "Die Kämpfe in Kunduz werden von der Rauschgiftmafia angezettelt, die im Namen des Islams agiert."

Yaqubi forderte die internationalen Streitkräfte auf, den Kampf mit den Schmugglern aufzunehmen.

"Sie müssen gegen sie kämpfen," betonte er. "Al-Qaida verdient einen großen Teil ihres Geldes mit Rauschgift und kauft damit militärische Ausrüstung."

In Kunduz hat es in den letzten drei Jahren keinen Mohnanbau gegeben, aber Rauschgiftexperten schätzen, dass es das Haupttransitgebiet für den Opium- und Heroinschmuggel über Tadschikistan oder Usbekistan nach Russland und Europa ist.

Der politische Analytiker Ghulam Haidar glaubt, dass Ausländer hinter der wachsenden Unsicherheit in Kunduz stecken.

Haidar behauptet, die Koalitionsstreitkräfte seien für die Ausbildung und das Ausrüsten der Aufständischen verantwortlich, weil sie die Unsicherheit nach Zentralasien tragen wollten.

"Die Vereinigten Staaten wollen sich eine Basis schaffen, von der aus sie Russland bedrohen können," erklärte er. "Das politische Interesse der USA an Zentralasien ist kein Geheimnis. Die Vereinigten Staaten können ihre Ziele nur erreichen, wenn die Taliban über den Fluss Oxus, der auch Amu Darya heißt und die Grenze zwischen Afghanistan und den Ländern Tadschikistan und Usbekistan bildet, nach Norden vordringen. Dann können die US-Streitkräfte ihnen folgen und ihren 'Krieg gegen den Terror' auch nach Zentralasien ausweiten."

Haidars Annahme scheinen auch die Einwohner des Bezirks Chahr Dara zu teilen.

Ein Einheimischer, der seinen Namen nicht preisgeben wollte, bestand darauf, dass die Taliban von den Vereinigten Staaten unterstützt werden.

"Ich habe es mit meinen eigenen Augen gesehen," sagte er. "Als ich abends mein Vieh nach Hause trieb, sah ich Taliban aus amerikanischen Hubschraubern klettern. Sie luden auch Motorräder aus den Hubschraubern aus. Später ging ein örtlicher Mullah, den ich sehr gut kenne, zu den Amerikanern, um mit ihnen zu sprechen, und dann flogen die Hubschrauber wieder weg."

Captain (Hauptmann) Elizabeth Mathias, eine Sprecherin der US-Streitkräfte in Afghanistan, bestritt diese belastenden Angaben.

"Die Vereinigten Staaten unterstützen keine Talibankämpfer und wollen den Konflikt auch nicht nach Zentralasien ausweiten. ... Mit Afghanistan und Pakistan und besonders mit der Instabilität dieser beiden Staaten haben die Streitkräfte der USA und der NATO genug zu tun," sagte sie.

"Die Gerüchte halte ich ehrlich für eine spontane Reaktion der Leute, die versuchen, die schwierige Situationen zu verstehen, in der sie sich befinden. ... Regierungs- und Koalitionstruppen setzen die Kämpfe gegen die destabilisierenden Kräfte in der Region fort und versuchen natürlich ihre Anstrengungen den Einwohnern von Kunduz zu vermitteln," (erklärte sie).

Ein weiteres Problem, das den Einfluss der Taliban gefördert haben könnte, ist die Auffassung der Paschtunen, dass die NATO und die Koalitionsstreitkräfte nur Krieg gegen eine ethnische Gruppe – die Paschtunen – führen.

Die Taliban sind überwiegend Paschtunen, und der Krieg wird vor allem in Paschtunen-Gebieten geführt. Das hat nach Meinung Haidars zu einer Solidarisierung unter den Paschtunen geführt und zu der Bereitwilligkeit, die Aufständischen zu unterstützen, um Rache zu üben oder ihren Schutz zu suchen.

"Wo auch immer Paschtunen leben, gibt es Zusammenstöße, bei denen Zivilisten getötet werden," sagte er. **"Dieser Krieg wurde den Paschtunen aufgezwungen, aber sie wollen ihn nicht mehr."**

Ereignisse wie die Bombardierung im Bezirk Chahr Dara am 4. September, als das deutsche Militär einen Luftangriff auf zwei Treibstoffflaster veranlasste, die von den Taliban entführt worden waren, steigern nur die Wut der Einheimischen.

Mehrere Dutzend Zivilisten wurden getötet, als die Bomben eine Gruppe Menschen trafen, die um die Fahrzeuge versammelt waren. Die Deutschen sagen, sie hätten sie alle für Aufständische gehalten; aber es waren vor allem Dorfbewohner, die versuchten, etwas kostenlosen Kraftstoff aus den Lastwagen abzuzapfen.

Abdul Wahid, der Gouverneur des Bezirks Chahr Dara, macht die Untätigkeit der Regierung für die (schlimme Entwicklung) verantwortlich.

"Am Anfang gab es sehr wenige Taliban, und die Regierung hätte sie besiegen können," meinte er. "Aber sie ignorierte das Problem. Jetzt werden die Aufständischen täglich stärker."

Gul Rahim Niazmand ist Praktikant des IWPR in Kunduz.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

Das britische Institute for War & Peace Reporting / IWPR will sich mit unabhängiger fairer Berichterstattung für Frieden und Demokratie einsetzen (s. http://www.iwpr.net/?p=-&pc_state=henh&s=o&o=top_aims.html). Der ernüchternde Bericht über die trostlosen Zustände in der angeblich unter Bundeswehr-Aufsicht stehenden Provinz Kunduz lässt nur eine Schlussfolgerung zu. Der völlig nutzlose Bundeswehreinsatz in Afghanistan muss so schnell wie möglich beendet werden. Die jungen Soldaten, die dort ihr Leben verloren haben, sind umsonst gestorben. Die Millionen, die in diese völlig sinnlose Aktion geflossen sind, wären besser für ausschließlich zivile Hilfsprojekte ausgegeben worden.

Die militärische Lage in Afghanistan wird ohnehin immer unübersichtlicher. Die Londoner TIMES hat berichtet, dass Italien durch hohe Schutzgeldzahlungen an die Taliban Sicherheit für seine Soldaten in Afghanistan erkaufte hat (s. http://www.timesonline.co.uk/tol/comment/leading_article/article6878520.ece). Italien bestreitet das natürlich, wird aber von den USA, deren Geheimdienste es wohl besser wissen, für die Zahlungen gerügt (s. http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/us_and_americas/article6878547.ece).

Die Briten sollen Talibankämpfer per Hubschrauber in den Norden Afghanistans verfrachtet haben, weil sie sich nicht länger im Süden mit ihnen herumschlagen wollten (s. <http://www.presstv.com/detail.aspx?id=108923&ionid=351020403>). Das könnten die Taliban gewesen sein, die der Augenzeuge in der Provinz Kunduz aus den Hubschraubern

hat klettern sehen. Eine Verwechslung ist gut möglich, denn Briten und US-Amerikaner setzen in Afghanistan beide Transport-Hubschrauber des Typs Chinook ein. Die sind übrigens so groß, dass sie auch Motorräder transportieren können.

In Afghanistan darf es weder ein "Weiter wie bisher" noch eine Ausweitung des Mordens mit noch mehr westlichen Truppen geben. Helfen kann diesem geschundenen Land nur ein vollständiger Abzug aller fremden Truppen. Die Bundeswehr könnte den Anfang machen. Ein Verbot der Nutzung des deutschen Luftraums und der US-Basen auf dem Territorium der Bundesrepublik für die völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskriege nicht nur in Afghanistan muss gleichzeitig erfolgen.



institute for war & peace reporting

Afghan Recovery Report

Insurgents Taking Charge in Kunduz

Once one of the most stable provinces, parts of Kunduz are falling under Taleban control

By Gul Rahim Niazmand in Kunduz (ARR No. 341, 12-Oct-09)

The vehicle is marked Kunduz provincial police headquarters, but the occupants are not necessarily servants of the state.

The Taleban in Kunduz recently captured eight police Ford Ranger pickups in Chahr Dara district, and they use them to move around.

It is not hard to tell the difference, however. When the Taleban are behind the wheel, they blare Islamic and national songs from the loudspeakers mounted on the car's roof; throw their arms around each other's shoulders and laugh.

Sometimes, the Taleban take motorcycles, when the roads are too narrow or too difficult for the Rangers. They cover their heads and faces with chequered scarves.

A line of Taleban on motorcycles has just roared past on their way to Chahr Dara, soon disappearing in a cloud of dust.

The Taleban have complete control over the district. They have established their own brand of Islamic rule, and they can move around the villages and bazaars openly, with no fear. There is no government authority here.

"We have control only over the governor's office," said the district governor of Chahr Dara, Abdul Wahid. "Outside those walls we have no jurisdiction at all. People do not come to the governor's office to solve their problems – they go to the Taleban."

Four other districts are in approximately the same situation. Kunduz city, the capital of the province, is surrounded by areas from which government control has all but disappeared.

Archi, 50 kilometres north of Kunduz, is, like Chahr Dara, totally under Taleban governance. Ali Abad district, 25 km to the south, is largely dominated by the fundamentalists. Government control is almost totally absent in Imam Saheb, 70 km north, and in Khan

Abad, just 25 km to the east, the government just holds the district centre and a few nearby villages.

Kunduz province only a year ago was considered stable with business booming and residents hopeful.

Afghan and foreign officials are scrambling to explain the change. The reasons and explanations offered are as varied as they are fanciful. Everyone has a theory, but no one seems to be able to offer proof.

The governor of Kunduz, Engineer Mohammad Omar, blames Pakistan for the emergence of the insurgents.

Until quite recently, most supplies for international forces came into Afghanistan through the country's southern neighbour, which netted Islamabad vast amounts of money in taxes and tariffs.

But with increasing insecurity along Pakistan's supply routes, some NATO countries are seeking to bring their fuel and other supplies in from Tajikistan, via the port of Sher Khan, on the river between the two countries and Kunduz.

"The logistical supply of NATO through Sher Khan port to Afghanistan will bring economic benefits for the region and the country," said the governor. "This is not acceptable for Pakistan, because it does not want to lose the privileges it receives from NATO. Therefore it is trying to destabilise the situation in this region so that NATO will be forced to ask Pakistan for help in terms of supply routes."

Pakistani officials in Kabul did not respond to requests for comment.

Lieutenant-Colonel Carsten Spiering, spokesman for the German Provincial Reconstruction Team in Kunduz, did not dismiss the notion that the change of supply routes might account for some of the unrest in the province.

"There are several reasons behind the deteriorating security situation in Kunduz, one of which is the switch of NATO and [United States-led] coalition forces' supply convoys through Sher Khan port," he said, without elaborating.

The Taliban, Governor Omar says, have also been encouraged by the scarcity of police in Kunduz.

"When the police go into an area, the [insurgents] run and hide," he said. "They are not strong enough to fight face to face. But the [insurgents] do not have a fixed location – the police cannot establish a front in the fighting. Instead, the insurgents carry out guerrilla attacks."

Kunduz police chief Mohammad Razaq Yaqubi, however, links the security problems to smugglers of narcotics in Kunduz.

"The Taliban try to increase cultivation and production of opium in this region," he said. "This war in Kunduz belongs to the narcotics mafia, which is operating in the name of Islam."

Yaqubi called on the international forces to do battle with the smugglers.

“They need to fight against them,” he insisted. “Al-Qaeda gets a lot of its income from drugs and buys military equipment with it.”

Kunduz has been declared poppy free for the past three years, but narcotics experts estimate that it is a major venue for smuggling opium and heroin into Tajikistan or Uzbekistan, and from there to Russia and Europe.

Political analyst Ghulam Haidar believes that foreigners are behind the insecurity in Kunduz.

According to Haidar, the Coalition forces are training and equipping the insurgents in order to spread insecurity to Central Asia.

“The United States wants a base from which to threaten Russia,” he said. “The US political interests in Central Asia are no secret. The United States can achieve its goals only if the Taleban shift to the other side of the Oxus (the Amu Darya River, which forms the border between Afghanistan and Tajikistan and Uzbekistan). Then American forces can go into Central Asia in the name of the war on terror.”

Haidar’s version seems to accord with the residents of Chahr Dara district.

One local resident, who did not want to give his name, insisted that the Taleban were being supported by the US.

“I saw it with my own eyes,” he said. “I was bringing my cattle home in the evening, and I saw Taleban getting off American helicopters. They were also unloading motorcycles from these aircraft. Later, a local mullah whom I know very well went to talk to the Americans, and then the helicopter left.”

Captain Elizabeth Mathias, speaking for US forces in Afghanistan, denied the charge.

“The US is not supporting Taleban militants, nor are we expanding the conflict into Central Asia ... the Afghanistan-Pakistan region, and specifically instability within those two countries, is keeping American and NATO forces busy enough,” she said.

“As for rumours, I honestly feel it is a natural reaction by people as they try to understand the difficult situations they face ... [Government and coalition forces] continue to combat destabilising forces in the area and communicate those efforts to the residents of Kunduz.”

Another issue that may have boosted the influence of the Taleban is the perception among Pashtuns that NATO and the coalition forces are waging war on only one ethnic group – theirs.

The Taleban are overwhelmingly Pashtun, and the war has been concentrated in Pashtun areas. This has led to a sense of grievance among the Pashtuns, according to Haidar, and a willingness to embrace the insurgents for revenge or for protection.

“Wherever Pashtuns live, there are clashes, and civilians are killed,” he said. “This war has been imposed on the Pashtuns, but they do not want war any more.”

Incidents such as the bombing in Chahr Dara on September 4, when the German military called in an airstrike on two fuel tankers that had been hijacked by the Taleban, only deepen local anger.

Several dozen civilians were killed when the bombs targeted a group of people gathered around the vehicles. While the Germans say they thought they were all insurgents, many were villagers trying to get some free fuel from the trucks.

Chahr Dara's district governor, Abdul Wahid, blames the government for not doing more.

"In the beginning there were very few Taleban, and the government could have defeated them," he said. "But they ignored the problem. Now the [insurgency] is growing on a daily basis."

Gul Rahim Niazmand is an IWPR trainee based in Kunduz.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern